

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	23
I. Einführung	23
II. Offene Fragen	30
III. Fragestellung der Arbeit	35
IV. Methoden der Untersuchung	39
V. Gang der Untersuchung	41
TEIL 1: SPRACHRISIKO IM AUTONOMEN DEUTSCHEN RECHT	45
A. Einführung	45
B. Die hauptsächlich betroffenen Lebensbereiche	47
I. Arbeitsverhältnis – Folge der Gastarbeiteranwerbung	47
II. Internationaler Handelsverkehr – Freier Welthandel und Globalisierung	48
III. Verbrauchergeschäfte – Folge der Migrationsströme	49
C. Die Lösungsansätze und ihre dogmatische Einordnung	50
I. Sprachrisiko in der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre	50
1. Erklärungsbewusstsein	50
2. Abgabe	51
3. Zugang	52
4. Form	54
a) Gesetzliche Gebote zur Verwendung einer bestimmten Sprache	54
b) Vereinbarung über die zu verwendende Sprache	56
c) Alternativkonzept: Vereinbarung über Zugangsvoraussetzungen	57
d) Im Besonderen: Der sprachunkundige Bürge und § 766 BGB	58
e) Fazit zur Form	64
5. Auslegung	64
a) Allgemein	64
b) Zurechenbarkeit des Auslegungsergebnisses	65
c) Dissens	66
6. Anfechtung	67
a) Inhaltsirrtum und Grundsatz der Unterschrift unter eine ungelesene Urkunde	67
b) Arglistige Täuschung	72
aa) durch aktives Tun	72
bb) durch Unterlassen	73
cc) Täuschung durch den Dolmetscher	74
7. Sittenwidrigkeit	75
8. Haftung aus culpa in contrahendo und positiver Vertragsverletzung	78
9. Zusammenfassung zur allgemeinen Rechtsgeschäftslehre	79
II. Sprachrisiko im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	80

1. § 305 Abs. 2 BGB	82
a) Der Grundsatz der Verhandlungs- und Vertragssprache	82
aa) Problem der dogmatischen Einordnung	82
bb) Verhältnis von Verhandlungs- und Vertragssprache	84
cc) Übertragbarkeit auf Distanzgeschäfte und Verbraucherverträge	89
dd) Verwendung einer dritten, vom Kunden beherrschten Sprache	91
ee) Alternative Weltsprache?	94
ff) Fazit zum Grundsatz der Verhandlungs- und Vertragssprache	98
b) Der Maßstab des Durchschnittskunden	100
c) Nr. 1 im Besonderen	103
d) Nr. 2 im Besonderen	106
e) Zusammenfassung	110
2. § 305c Abs. 1 BGB	111
3. § 305c Abs. 2 BGB	113
4. Transparenzgebot, insbesondere § 307 Abs. 1 S. 2 BGB	115
5. Zusammenfassung zum Recht der AGB	118

TEIL 2: SPRACHRISIKO UNTER DEM EINFLUSS DES GEMEIN- SCHAFTSRECHTLICHEN VERBRAUCHERSCHUTZES 121

A. Wertungsgrundlagen und Techniken des Verbraucherschutzes	121
I. Verbraucherbegriffe und -leitbilder	121
II. Information als primäres Mittel europäischen Verbraucherschutzes	125
III. Ökonomische Analyse des Rechts	131
IV. Kulturelle Identität des Verbrauchers	134
V. Diskriminierung sprachunkundiger Verbraucher	139
B. B2C-spezifische Fragestellungen aus deutscher Sicht	144
I. Belehrungspflichten im laufenden Versicherungsvertragsverhältnis	144
II. Sprache der Widerrufsbelehrung	151
III. Ethnomarketing – Fremdsprachen als Instrument des Wettbewerbs	156
IV. Besonderheiten bei Fernabsatz und elektronischem Geschäftsverkehr	163
1. Anknüpfung an die Sprache am Wohnort des Verbrauchers	165
2. Anknüpfung an die Sprache des Internetauftritts	167
3. Verifizierung der Sprachkenntnisse durch separate Erklärung des Verbrauchers	170
4. Fazit zum Fernabsatz und elektronischen Geschäftsverkehr	172
V. Sprachrisiko im Verhältnis zwischen Arzt und Patient	173
VI. Zusammenfassung zum deutschen Recht: Handlungsbedarf	177
C. Sprachregelungen im EG-Recht	179
I. Art. 4 der Richtlinie 94/47/EG und seine Umsetzung in § 483 BGB	180
1. Unzureichende Sprachenvielfalt trotz „polyglotten Dokumentenvorrats“	181
2. Mehrsprachigkeit statt sprachlicher Kontinuität	187

3. Ohne adäquate Sanktion keine effektive Sprachregelung	191
4. Zusammenfassung zum Timesharing	192
II. Art. 36 i.V.m. Anhang III der Richtlinie 2002/83/EG und seine Umsetzung in § 10a Abs. 2 VAG a.F.	194
III. Richtlinien mit Verweis auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten	198
IV. Das gemeinschaftsrechtliche Transparenzgebot	199
1. Die Wechselwirkung von Transparenzgebot und Sprachenverwendung	200
2. Das Transparenzgebot als implizite Regelung der Sprachenverwendung	202
V. Neuere Entwicklungen im Richtlinienrecht	206
1. Pflicht zur Offenlegung der vom Unternehmer verwendeten Sprache(n)	206
2. Andeutung eines Grundsatzes der Verhandlungssprache im EG-Lauterkeitsrecht	208
VI. Exkurs: Sprachenfrage im europäischen Produktkennzeichnungsrecht	211
1. Das Regelungskonzept der „leicht verständlichen Sprache“	212
2. Zur Übertragbarkeit auf das Vertragsrecht	216
VII. Zusammenfassung zum Gemeinschaftsrecht: Handlungsbedarf	220

TEIL 3: SPRACHRISIKO IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

225

A. Einführung	225
I. Wachsende Bedeutung nicht-englischer Sprachen in den USA	225
II. Funktion und praktischer Nutzen der Rechtsvergleichung	228
III. Privatrechtsordnung und Vertragsrecht in den USA	230
B. Sprachrisiko im US-amerikanischen Vertragsrecht	231
I. Sprachrisiko im Common Law	232
1. Die Grundregel: „Duty to Read“	232
a) Die frühere Ansicht: Sprachunkundigkeit als generelle Ausnahme	233
b) Die herrschende Auffassung: Ausnahme nur im Einzelfall	235
c) Die typischen Abwägungskriterien	236
d) „Duty to read“ bei Gerichtsstands- und Schiedsklauseln	238
e) Besondere Handhabung von Verbraucherverträgen?	240
f) Fehlen des mutual assent infolge Sprachunkundigkeit	242
g) Fazit zur „Duty to Read“	245
2. Auslegungsgrundsätze	245
3. Misrepresentation	247
a) Voraussetzungen	249
b) Besonderheiten bei Täuschung durch Unterlassen	251
c) Fazit zur misrepresentation	253
4. Mistake	254
5. Unconscionability	255
6. Form Contracts	258

7. Zusammenfassung zum Common Law	261
II. Sprachrisiko im geschriebenen Recht	262
1. Die Prototypen: § 1689.7 und § 1632 Cal. Civ.	263
2. Komplexe Vielfalt in der Ausgestaltung	265
3. Anknüpfungsmerkmale zur Bestimmung der Vertragssprache	267
a) Language of the Bargain	267
b) Language of the Solicitation	269
c) Language of the Consumer	270
d) Fixed language(s)	270
e) Variable Language Threshold	271
f) Kombinationen	272
4. Varianten auf der Rechtsfolgenreihe	273
5. Anwendung durch die Gerichte	277
6. Zusammenfassung zum geschriebenen Recht	278
C. Ergebnis zu Teil 3	279

TEIL 4: SPRACHRISIKO DE LEGE FERENDA IN DEUTSCHLAND UND DER EUROPÄISCHEN UNION **283**

A. Die Herausforderung einer Neuordnung	283
I. Für und Wider einer Kodifikation	284
II. Mindestanforderungen an eine Kodifikation	286
III. Hindernis Zurückhaltung der EU-Organen	288
IV. Hindernis nationale Sprachenpolitik	290
B. Das Hauptkriterium zur Bestimmung der Vertragssprache	293
I. Der Grundsatz der Verhandlungssprache als Ausgangspunkt	293
II. Das Prinzip der Erkennbarkeit	295
III. Bestehende Regelungsvorschläge	298
C. Ausgestaltung im Einzelnen	303
I. Umsetzung des Prinzips der Erkennbarkeit	303
1. Konkrete Anknüpfung an den Sprachgebrauch des Unternehmers	303
2. Abstrakte Anknüpfung an den Sprachgebrauch des Unternehmers	305
II. Begrenzung der in Frage kommenden Sprachen	307
III. Chancen und Risiken mehrerer Sprachfassungen	311
IV. Rechtsfolgen und Unabdingbarkeit	314
D. Umsetzung der Richtlinie	316
E. Eigener Entwurf und Ausblick	317

LITERATURVERZEICHNIS **323**